

Gelehrte Briefe
 monatlich 50 Pf.
 durch die Post bezogen
 1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

Die Neue Welt
 (Kulturzeitung)
 durch die Post bezogen
 kostet monatlich 10 Pf.
 vierteljährlich 30 Pf.

Katholik Nr. 1047
 Göttingen-Verlag
 Vertriebsstellen

W O R T E

Sozialdemokratisches Organ

Inserationsgebühren
 beträgt für die 6 spaltenweite
 Zeilen über dem Raum
 50 Pfennig.
 für ausserhalb des Raumes
 75 Pfennig.
 In erheblichen Fällen
 nach bei Seite 75 Pfennig.

Inserate
 für die 6 spaltenweite
 Zeilen über dem Raum
 monatlich 10 Mk. inkl. Post-
 gebühren aufgegeben
 sein.

Ertragsteuern in die
 Postgebühren.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Pelitzsch-Bitterfeld,
 Naumburg-Weiskensels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Saugerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Barz 42/43. Redaktion: Barz 42/43.

Verschleppungstaktik.

Das preussische Dreiklassenwahlrecht und das sogenannte Herrenhaus sind gestern mit der sogenannten Thronrede eröffnet worden. Entgegen der Hoffnungen der Reichsversammlung ist auch die von ihm zusammengestellte Thronrede trocken und nicht-sagend. Ganz zuletzt wird mit einer Probe die Wahlforscher angeblüht, ohne jedoch irgendwas zu verraten, in welcher Richtung die „Reform“ gehen soll. Der Vollständigkeit halber mag die Rede im Wortlaut hierher gesetzt sein.

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Reichstages! Die Staatsfinanzen, welche durch die Unsumme der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogen waren, beginnen sich infolge der allmählichen Wiederbelebung von Handel und Verkehr langsam zu heben, so daß sich voraussichtlich auch der für das laufende Etatsjahr veranschlagte Fehlbetrag nicht unerblicklich vermehren wird. Immerhin kann von den staatlichen Betriebsverwaltungen, insbesondere der Eisenbahnverwaltung, bei ihrer fast geordneten Geschäftstätigkeit auch für 1910 kein so hoher Aufschlag zu den allgemeinen Staatsausgaben, wie in früheren Jahren, erwartet werden. Demzufolge, daß von dem rund 200 Millionen Mark durch welche die Verfassungsausschüsse die Staatskasse dauernd belastet haben, nur der kleinere Teil in neuen Steuern Deckung gefunden hat. Es ist großer Bedauern wert daher auch der Etatsüberschuss für das kommende Jahr mit einem zwar gegen die Vorjahre geringeren, aber doch noch namhaften Fehlbetrag abzuschließen. Diese Schöpfung macht auch weiterhin die wichtigste Zurückhaltung in allen finanziellen Aufwendungen zur Pflicht, um die Einnahmen und Ausgaben nach und nach wieder auszugleichen.“

Ueber die Rede der in der Thronrede aufgeschickten gesetzgeberischen Kleinigkeiten braucht man sich am Vorabend des großen Wahlrechtskampfes nicht einzulassen. Sie treten in den Hintergrund, obgleich sie die Regierungsidee in den Vordergrund schieben und die Wahlreform ganz zu allererst als lästiges Schwandgeden trocken erwähnt. Solche Geschwätzigkeiten gehen nicht mehr. Die Wahlreform ist das einzige, für was die Massen des Volkes nun Interesse haben. Sie sind der grenzenlosen Verschleppungstaktik endlich satt und verlangen Aussen zu sehen. Nachdenkliche Monate verdröbelte man mit den „staatlichen Vorarbeiten“. Jetzt endlich hat man sie veröffentlicht und dazu einen kurzen aber gefährlichen Kommentar geschrieben. Das Material befähigt in hinreichend schmerzlicher Weise die heutige Klientelerschaft des Reichstages und des jenseitigen Landvolkes, und zeigte klar, daß nur die Einführung des gleichen Wahlrechts mit geheimer und direkter Entschädigung das einzige durchgreifende Hilfsmittel sei.

Statt dessen erfahren wir jetzt durch die Thronrede, daß die Vorarbeiten ihrem Abbruch nahe sind, mit anderen Worten, daß man sich über die Wahlrechtsreform klar ist, aber noch nicht äußern will, und die Sache noch auf mehrere Wochen verschleppen möchte. Herr Reichstag wartet vielleicht noch auf Anweisungen durch die Junker, die heute durch ihr Organ ganz unverständlich erklären lassen, sie hätten die Aufhebung des Zeitpunktes „in einigen Wochen“ nicht erwartet. Sie befehlen daher sofort: „dieser Zeitbezug ist hehnbare!“

„Mit anderen Worten heißt das: Reichstag, du bist ein politischer Dummkopf, daß du „einige Wochen“ sagst, anstatt „einige Jahre“. Trotzdem aber beharren wir doch, daß wir auch heute eintreten, daß einige Wochen „hehnbare“ seien und sich lassen lassen, falls es unserer Macht und unserem Druck im Reichstag und im Herrenhaus nicht gleich gelingt, etwaige wirkliche Reformvorhaben im Reime zu erledigen.“

Das Volk erinnert sich des Satzes der Thronrede vom 1908, der zur Wahlrechtsreform ganz anders lautet. Es hieß da: „Es ist mein Wille, daß die auf ihrer (der Verfassung) Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Ganzen der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgebühres entspricht.“ Ich erkläre darin ein der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

faß und des Einflusses der Junker auf die Regierung muß der organisierte Druck der Massen entgegengesetzt werden. Die Energie geht jetzt der Sammlung der Massen und der Bekämpfung der Kampfkraft.

Die erste Sitzung des Reichstages.

Mit den üblichen Höflichkeitstönen hat die beiden Häuser des preussischen Landtags am Dienstag zusammengetreten. Das sogenannte Herrenhaus hat sich gleich konstituiert, indem es sein bisheriges Präsidium, nämlich die Junker von Mantelstein und von Landsberg und den Erbschatzmeister von Rön, Weder, als ein Bürgerlicher Konzeptionspräsidenten niederzulegen. Das Dreiklassenhaus dagegen wird sich erst am Sonnabend konstituieren. Seine Tätigkeit am Dienstag bestand darin, daß es die Willensart des neuen Ministerpräsidenten und das sogenannte Finanzgesetz des Finanzministers von Rheinbaben entgegennahm. Reichstag stellte sich vor als „berufen durch die Gnade Seiner Majestät“. Die Formel erinnert stark an die Wendung im Titel der katolischen Missions „durch des heiligen Stuhles Erbenennung“. Doch im übrigen die neue Regierung außer auf die Gnade des Königs darf auf die Erbenennung der deutschen Schatzkammer des heiligen Stuhles, welches dem Zentrum, rednet, ganz zwar nicht aus der „Etablierung“ Reichstags hervor — denn diese war völlig inhaltslos — wohl aber aus dem Finanzgesetz Rheinbaben. Die Verbeugung vor dem Schanapfeil war eine Art programmatische Erklärung, daß die Firma Reichstag-Rheinbaben streng konformistisch sein zu regieren gedenke. Somit entfiel die Rede Rheinbaben die üblichen Lobpreisungen der Reichsversammlung, verbunden mit Nebenwichtigkeiten an die Adresse der schwachen Industrie und nicht gerade als glühend zu bezeichnen, sondern, das Defizit, was nicht begriffen, so daß wohlverfügen möglicherweise. Etwas Anrechtlich in den letzten Jahren brachte bloß die gepanzerte Faust, die der preussische Finanzminister in Sachen der Schiffahrtsgesetzen den noch nicht genügend ihre erworbenen Bundesbrüdern von Sachsen und Baden drohend entgegenstreckte.

Am Sonnabend wird das Dreiklassenwahlrecht...

Am Sonnabend wird das Dreiklassenwahlrecht sein Reichstag präsidium wiederwählen und dann in die erste Sitzung des Reichstages eintreten. Das sogenannte Herrenhaus dagegen will schon am Mittwoch politisch mitarbeiten und kleine Vorarbeiten unter die Lupe seiner Erwidernheit nehmen.

Junkerleben und -leben.

Die preussische Wahlrechtsfrage beschäftigte am Montag die Provinzialparlamentarier des Bundes der Banowitzer für Schlesien, die sinnigerweise im katholischen St. Vincenzhaus stattfand. Knuten-Dertel führte in seinem Reserat u. a. aus: „Galten wir das gute Wahlrecht fest, das wir haben. Wir brauchen das preussische Wahlrecht als Damm gegen die Sozialdemokratie. Wer die Verfassung schützen will, stellt sich außerhalb der Verfassung, und der kann, wie Herr v. Reichert sagt, nicht schuldig, sondern muß Obacht der Befolgung sein. Wie können die antimonarchistischen Sozialdemokraten den Verfassungsschutz bei ihrem Eintritt in die Einzelkammer fördern? Sie können in Baden nationalliberale Professoren usw. Räte mit der Sozialdemokratie schließen? Dafür haben wir kein Verbandsmitglied. Man komme uns doch nicht mit den alten Kaufmannsgeschäften! Die Sozialdemokratie hat sich durch verschiedene Umgestaltungen, aber sie ist immer radikal geblieben. Unser neuer Steuermann hat die Pflicht, die gewalttätige Entscheidung, zu der die Sozialdemokratie drängt, fernzuhalten. Er hat die Pflicht, die Autorität, die Monarchie gegenüber dem revolutionären Ansturm zu schützen. Und dabei soll er uns an seiner Seite finden!“

Im Kampfe wider ein freies Wahlrecht und die Sozialdemokratie setzen die Junker alle Hoffnung auf „Bekämpfung des öffentlichen Volkes“. Im Aufstand zum Golze des Streuges werde der Drogen der Sozialdemokratie überwunden werden. Der Weg müsse führen zum Herrn, der die Geschichte der Völker lenkt. Aufwärts hin zu Gott. — Die schlesischen Junker geizten ob dieser Rede ganz in Verzückung.

Die Auflösung des Parlaments.

Die Auflösung des Parlaments, die heute in den vorgezogenen Formen erfolgte, wird hier nicht als ein großes, aufregendes Ereignis empfunden, denn sie war längst schon ausgefallen, vorbereitet und angeblüht. Als das Unterhaus am Sonnabend zusammentrat, wurde und fürste sich voll zusammengelegt nicht wiederzusehen würde, und hätte die Eifer in den Reichstag, an dem auch die Minister der Regierung teilnahmen, obgleich ein amtlich formaler Anruf dazu noch gar nicht vorlag. Der amtliche Akt der Auflösung löst sich nun nach, was im Bewusstsein des Volkes schon längst vollzogen war.

Verändert wird die Sachlage nur insoweit, als die Mitglieder des Oberhauses — da sie sich in die Angelegenheiten des Unterhauses nicht einmischen dürfen — jetzt vom Schauplatz verschwinden müssen. Die Konserwativen hatten den letzten Tag, an dem ihren Sitzungen und Reden noch zu reden

Dem vom Parteivorstand der Abgeordneten hausgegebenen Wünsche entsprechend ist in dem Entwurfe des Reichstages, zur Verwirklichung größerer Gleichmäßigkeit im gesamten Reichshaus, einer übermäßigen Inanspruchnahme der schwachen Klassen zu sehen. Zur Erweiterung und besseren Ausnutzung des Reichshauses, sowie zur Unterstützung von Kleinrenten werden wiederum erhebliche Mittel gefordert werden.

Die Vorzüge für die schulentlassene Jugend erscheint eine weitere Ausbreitung und Entwicklung des Fortbildungsaufwandes auch auf dem platten Lande. Gestützt auf die günstigen Wirkungen des im Jahre 1904 für die Provinz Hessen-Nassau erlassenen Gesetzes wird meine Regierung Gesetze vorschlagen, die auch in den Provinzen Pommern, Schlesien und Westfalen den Kommunalverbänden das Recht verleihe sollen, die Pflicht zum Besuche sämtlicher Fortbildungsschulen einzuführen.

Den Bestrebungen zur Förderung der inneren Kolonisation, namentlich auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wird fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Ein Gesetzentwurf, der die Mittel zur Gewährung von Zinsentzichten bei Rentengründungen enthält, wird Ihnen demnächst zugehen. Das älteste der geltenden preussischen Gemeindeverfassungsgesetze, die Gemeindeförderung für die Kreisprovinz vom 30. Juli 1868, vermag nicht mehr allen Anforderungen gerecht zu werden, weswegen die bedeutende Entwidlung dieser Provinz an die Gemeindeorganisation stellt. Eine Novelle will dieses Gesetz den Aufgaben der Gegenwart anpassen.

Während die Reichsregierung eine doppelte Grenzziehung zu den direkten Staatssteuern innerhalb des Reichs vertritt, fehlt es bisher für die direkte Kommunalsteuerung an einem ähnlichen Schutze. Ein Gesetzentwurf soll die Möglichkeit schaffen, den kommunalen Doppelsteuerungen innerhalb der einzelnen Bundesstaaten im Verwaltungsweise entgegenzutreten.

Um die als notwendig erkannte Reform der inneren Verwaltung zu fördern, habe ich im Juni des vergangenen Jahres eine besondere Unterausschusskommission sachverständiger und erfahrener Männer aus den verschiedensten Kreisen berufen, die unter dem Vorsitz des Ministers des Inneren ihre Arbeiten alsbald begonnen hat. Ihre gutachtlichen Vorschläge werden die Grundlage für die weitere Gesetzgebung und für gesetzliche Regelungen meiner Regierung bilden. Ich vertraue darauf, daß auch die weitere Entwicklung des Landes wichtige Werk nach streifen zu unterstützen.

Endlich harret Ihrer noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine Reform des Wahlrechts zum Ganzen der Abgeordneten sind ihrem Abschlusse nahe. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden. Strenge Sachlichkeit und pflichtbewusste Staatsgesinnung wird, wenn ich sie gewiß, wie bisher die Entscheidung der preussischen Landesvertretung leiten, und so hoffe ich von der bevorstehenden Tagung segensreiche Ergebnisse für die Wahlkraft des Vaterlandes.“

Soweit die Thronrede, die für preussische Verhältnisse typisch ist. Man bemerkt bereits, daß die Regierung das Defizit in der preussischen Staatskasse den — Beamtenbesoldungen zuschreiben wird; daß sie nun eingetreten. Man glänzt nach außen immer als Wohlthäter der Angestellten, während in Wahrheit die Gelder für kulturwidrige Zwecke und die Subventionen für die schädlichen Junker verschleudert werden. Dabei das Defizit.

Diesen Nachdruck haben die Junker, die über diese „Ankündigung“ empört waren, inzwischen so nachdrücklich „geklärt“, daß sie nicht nur den Reichstagespräsidenten in die Karten trieben, sondern auch seinen Redakteur zu ihrer Wutpuppe machten. Ein zweites Mal wagt die Regierung nicht, von der „wichtigsten Aufgabe der Gegenwart“ zu schwärmen. Es ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß die Regierung nichts vorschlagen wird, was irgendwie den Massencharakter des Wahlrechts ändern könnte. Bestimmte Gerüchte sagen auch getrennt wieder, daß sogar an der öffentlichen Stimmabgabe festgehalten wird, ja daß in der dritten Klasse noch Kurallotterien für die „Wahlberechtigten“ eingeführt werden sollen, damit die Wähler nicht mehr mit ihrem Vortritt in der dritten, der reichen Schichtmeister und der Wohlhabenden allein in der ersten Klasse wählten. Für die blasse Verhöhnung und Provokation, die gehörend beantwortet werden müßte.

Die konservativen Presse freut sich im übrigen, daß nach nichts Neues angeht, während die freisinnigen Zeitungen wohl recht enttäuscht sind, sonst aber der ganzen Sache beiseitebeweisend nicht so große Bedeutung beimessen. Eine entschiedene Stimme jedoch ertönt aus dem nationalliberalen Lager. Die königliche Zeitung schreibt: „Von dem Inhalt der Wahlrechtsreform-Vorlage verraten die Güte nichts, sie geben nicht einmal die geringste Andeutung. Dies ist viel weniger als die Ausführungen in der vorigen Thronrede, die doch wenigstens Anhalt für Vermutungen gaben. Das Dreiklassenwahlrecht soll durch Kupferziehung von mehreren Klassen für Bildung und Wissenhaftigkeit gemindert werden; die Klassenstellung soll aber bleiben und ebenso die öffentliche Stimmabgabe. Wenn diese Andeutungen den Inhalt der Wahlrechtsvorlage richtig wiedergeben, so kann man von vornherein nur sagen, mit einer solchen Reform wäre man besser zu Hause geblieben; wenn man aber schon ein Feld zu bieten wollte, dann wäre es richtiger gewesen, mit Einführung der geheimen Stimmabgabe den Anfang zu machen. Dafür wäre im gegenwärtigen Landtag eine große Mehrheit zu finden.“

Die königliche Zeitung ist nationalliberal, gehört also der fraktion Dreyfus an. Wegen wird sie inoffiziell unzufallen, wenn sie erst die Begründung einer hohen königlichen preussischen Staatsregierung hören wird.

Die Sozialdemokratie muß nun die Antwort auf die Thronrede und die Verschleppungsmanöver der Regierung geben. In großen Versammlungsummern wird das Volk noch einmal die einzig zulässige Wahlrechtsforderung formulieren. Der Reichstag des Volks

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219100113-18/fragment/page=0001

luf dadurch, daß sie nach Kräften, Sand von deutschen Weibern kaufen. So erwarb jetzt ein dänisches Konjunktum das Gut Steenstrup für 200 000 Mark, obwohl die Regierung mit dem Weiber ebenfalls unterhandelt hätte. Die Dänen boten mehr und mit meillen Gelde war auch der übertriebene Patriotismus des Verkäufers in die Brüche gegangen.

Deutsches Reich.

— Wegfall der Lohnauszahlungsbücher. Die Gewerbeordnungs-Novelle, mit der sich der Reichstag in dieser Tagung zu befaßen hat, sieht die Befreiung der Lohnauszahlungsbücher vor. Durch die Novelle vom Jahre 1900 ist den Unternehmern die Pflicht auferlegt worden, für minderjährige Arbeiter Lohnauszahlungsbücher einzuführen. Man glaubte, dadurch auf die jugendlichen Arbeiter einwirken zu können und den Trieb zur Scharfamtigkeit zu weiden. Weide Hoffnungen haben sich nicht erfüllt und deshalb soll diese Einrichtung wieder wegfallen.

— Die reichsländliche Regierung an dem Anklage. Der Kaiserliche Statthalter Graf Wedel hat jetzt selbst an den Bischof von Erzbischof ein Schreiben gerichtet, in dem er zu dem Antwortschreiben Stellung nimmt, das der Bischof unter dem 4. Januar über die Frage des Beitritts der eckst-lotbringenden Volkshochschule dem Staatssekretär überbringt hatte. Nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter spricht der Statthalter im ersten Teil des Briefes sein Bedauern darüber aus, daß das Schreiben des Staatssekretärs Born von Wulach erst in der amtlichen Strafberger Korrespondenz veröffentlicht wurde, bevor es den Bischöfen zugegangen war. Im zweiten Teil geht Graf Wedel auf den Inhalt des Reglements Artikels ein, den die Bischöfe den Lehrern zugesandt haben, und der für die Lehrer beleidigend und verletzend hätte wirken müssen.

Russische Neutralitäten. Ein an der russischen Grenze wohnender Russe, der im Kreise Wreschen eine geriet nachts aus Wreschen über die Grenze. Kaum hatte er die Grenze überschritten, als drei russische Grenzpatrolen über ihn herfielen, ihn mit den Gewehrstößen schlugen und seiner Wertschätze beraubten. Dann sperren sie den Überfallenen ein, der erst am nächsten Tage seine Freiheit ohne weitere Höflichkeit wieder erhielt, da der Kommandeur der Grenztruppe ihn persönlich kannte.

Deutscherseits wird man natürlich jetzt wieder langwierige umfangreiche Erhebungen anstellen, und schließlich läuft die ganze Sache aus wie das Sommerer Schicksal. Derartige Vorfälle haben sich in den letzten Jahren stark gehäuft und nur selten einmal hat man gehört, daß die russischen Soldaten zur Verantwortung gezogen worden sind.

— Die Diäten für die badischen Landtagsabgeordneten. Der Zweiten badischen Kammer ging Montag ein Gesuch vor, die der über die Entschädigung der Landtagsabgeordneten folgenden Bestimmungen: Die Abgeordneten der Ersten und Zweiten Kammer mit Ausnahme der Pringen und der Mitglieder der Familienräthlichen Familien erhalten eine Zulage von 20 Mark täglich während der Dauer der Tagung des Landtags sowie acht Tage vorher und nachher. Die Aufwandsentschädigung beträgt für die Dauer des Landtags für die in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten der Ersten Kammer 1000 Mk., der Zweiten Kammer 2000 Mk., und für die nicht in Karlsruhe wohnenden Abgeordneten der Ersten Kammer 1500 Mk., der Zweiten Kammer 3000 Mk. Der Betrag ist fällig am 1. Dezember des Jahres, in dem der Landtag einberufen wird, und zwar wird bezahlt: Bei der Eröffnung 1/2, am 1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April und 1. Mai je ein weiteres Viertel, und der Rest am Schluß der Tagung.

— Wahlbündnis mit den „Reichsfeinden“. Für die Provinz Hannover haben Bund der Landwirte und Welfen ein Wahlbündnis für die kommenden Reichstagswahlen geschlossen. Dieses Bündnis richtet seine Spitze gegen die Nationalliberalen, die schon seit längerer Zeit dort von Bundes der Landwirte hart bedrängt werden. Die Welfen gelten zwar sonst als „Reichsfeinde“, allein der „nationale“ Bund der Landwirte macht sofort mit „Reichsfeinden“ Geschäfte, wenn es sich um seinen Vorteil handelt. Das ist ja die typische Tugend aller „Nationalen“.

— Die Volksschulung im schwarzen Bayern. Der Vorsitzende einer unterfränkischen Zählstelle des christlichen Verbandes der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter fandte an ein mit den christlichen Volksschulern nicht einvernehmliches Mitglied folgenden originellen Schreibweise: „Auf den ungenegneten Benamen u. über das ausüben des Verbots bei den andern Kollegen u. Kolleginnen wird es

dan am 27. Dez. 09 von der Zentralvorstand U. S. Ostwald aus dem Verband ausgeschlossen.

a. Ausgeschlossen können werden. a. Mitglieder, welche die Interessen des Verbandes geschädigt. b. die statutenmäßigen Verpflichtungen gröblich verletzt; c. und daher in unsem Verband nicht mehr zu setzen sind, und als solche verurteilt jeden Anspruch an den Verband und seinen Mitbestimmungen. sofern nicht die besondere Satzungen dieser Einrichtungen anders bestimmt.

Mit Gruss der Ausschuss der Vorstandes (folgt Name).

Den Briefschreiber selbst kann natürlich kein Vorwurf treffen; aber der Brief zeigt, wie es mit der unter geistlicher Leitung stehenden Volksbildung beschaffen ist.

England.

Der Wille zur Verständigung.

London, 11. Januar. Bei einer Rede in Edinburgh kam der Staatssekretär Grey auch auf die Erklärung Balfours betreffend die Marine und die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu sprechen. Er erklärte, daß die Marine nicht unter das ihr zukommende Starke herabgegangen sei. Deswegen sei alles, was in dieser Beziehung gesagt sei, belanglos. Was die Beziehungen zwischen der englischen und der deutschen Regierung anbelange, so sei niemals weniger Grund gegeben, über einen in Aussicht liegenden Krieg zu sprechen, als gerade jetzt. Was niemals fanden wir seitens Deutschlands größere Bereitwilligkeit, alle zwischen uns auftauchenden Fragen in freundschaftlichem Sinne zu behandeln, als während des letzten Jahres. Derselbes wird das Annehmen der Marineausgaben, obwohl es keine Schwierigkeiten oder Entfremdung zwischen den beiden Regierungen hervorruft, die Wirkung haben, und zwar in jedem Jahre, wenn das Marinebudget vorgelegt wird, daß die Presse und die öffentliche Meinung beider Länder in gewisse Angst geraten, was weiter werden soll. Es ist möglich, daß mit der Zeit irgendeine Vereinbarung ganz freiwilliger Natur zustande kommt, aber sollten wir auch niemals zu einer solchen Verständigung gelangen, so können wir doch das deutsche Flottenprogramm und müssen unsere Marine in einer Weise erhalten, daß sie jeder nachteiligsten Kombination, die gegen uns aufgestellt werden könnte, überlegen ist. Wenn das deutsche Flottenprogramm durchgeführt oder nahezu durchgeführt sein wird, wird ein Verhältnis zwischen beiden Marinen hergestellt sein, das vielleicht dem Wettstreit in den Ausgaben für Flottenzwecke ein Ziel setzen wird.

Aus der Rede des englischen Staatssekretärs kann man ohne weiteres entnehmen, daß zwischen Deutschland und England neuerdings Verhandlungen in der Flottenfrage angehängt sind, die hoffentlich zu einer im Interesse beider Länder liegenden Verständigung führen werden.

Die Sprache der Lords.

Schatzkanzler Lloyd George hielt am Montag in Palmenth eine Rede, in der er seiner Freude Ausdruck gab, daß die Peers jetzt von dem weiteren Wahlstreik frei seien, in welchem sie eine Sprache gebraucht hätten, die anzuhören kein Mitglied des Unterhauses sich erniedrigen würde, eine Sprache, die nach Stalldunst rieche. Der einzige Grund dafür, das Aus der Lords am Leben zu erhalten, wo sie die im Lande üblichen Methoden, Meinungsäußerungen auszusprechen, nicht herabsetzen würden. Er freute sich, daß das Volk jetzt genau zu erkennen beginne, welcher Art die Peers seien.

Aushebung des Bergarbeiterstreiks.

London, 11. Januar. Die Grubenarbeiterstreife in North Cumberland nimmt an Umfang und Ausdehnung zu. Gestern fand in Seghill eine Versammlung statt. Am Schluß der Tagesordnung wurde eine Tagesordnung angenommen, worin die sofortige Einstellung der Arbeit vorgeschlagen wurde. Man befürchtet weitere Zwischenfälle.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Krise.

Die schon längst ins äranische Stadium eingetreten ist, will noch immer keine Lösung finden. Herr von Lukacs, der von Franz Joseph mit der Bildung des Ministeriums beauftragt war, hat jetzt seine Mission als gescheitert aufgegeben, da er bei den maßgebenden Parteien zu wenig Gegenliebe gefunden hat; er hat seine Demission eingereicht, nachdem er sich überzeugen mußte, daß sein mit vieler Mühe zusammengedrücktes Kabinett nicht lebensfähig war. Der alte Franz Joseph hat nunmehr den Grafen Huene-Schwarz mit der Aufgabe betraut,

ein Ministerium zusammenzusetzen. Graf Huene-Schwarz wird nach einem letzten Versuch machen, um mit den Parteien zu verhandeln, um ein Budgetprovisorium zu retten; sollte dieser Versuch nicht gelingen, so wird Graf Huene-Schwarz sofort das Haus auflösen und die Kammern auflösen lassen.

Frankreich.

Die Arbeiten des Parlaments.

Paris, 11. Januar. Heute nachmittag erfolgte die Eröffnung der Kammertagung. Die Kammer wird bereits morgen mit der Beratung des Budgets beginnen. Eine längere Debatte wird über das neue Finanzgesetz erfolgen. Gegen Ende der Tagung, welche am 31. Mai stattfindet, wird das Gesetz betreffend die Wasser- und die Wasserkraftsreform zur Beratung gelangen.

Spanien.

Freiwillige Kampfbereit.

Barcelona, 11. Januar. Am nächsten Sonntag findet in Barcelona eine große Kundgebung zugunsten der Gehangenen und Verurteilten von den Juliereignissen statt.

Portugal.

Das Komplot.

Lissabon, 12. Januar. Das gestern gemeldete Gerücht von einem Komplot gegen Manuel und seine Regierung findet heute auch halbamtliche Bestätigung. Im Juli des letzten Jahres, heißt es, wurden aus dem hiesigen Hauptquartier 10 000 Patronen gestohlen. Die des Diebstahls verdächtigen Personen wurden wenige Wochen später ermorbert aufgefunden. Die Untersuchungen dauerten seitdem an. Das halbamtliche Blatt Diario de Noticias meldet nun, daß es dem Untersuchungsrichter gelungen ist, eine geheime Verbindung zu entdecken, die eine Veränderung in der Regierung herbeiführen wollte. Größere Mengen Waffen und Munition wurden beschlagnahmt. Mehrere Personen, die in dieser Angelegenheit verhaftet worden sind, gehören der republikanischen Gruppe an. — Es ist also ein regelrechtes bürgerliches „Komplot“, das die bürgerliche Presse geflissentlich wieder den „Anarchisten“ anhängen will.

Amerika.

Die kleinen Diebe.

Wie aus Newport gemeldet wird, wurden vier ehemalige Angestellte der American Sugar Refining Company wegen Diebstahls unter Verhaftung, die sie durch falsche Gewichtsangaben begangen hatten, zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. — Die Wahlen, die wahrscheinlich den geringsten Nutzen von den Betrügerinnen gehabt haben, müssen ihre Versuche haben, für die ganz andere Leute ins Gefängnis zu gehören. Aber die wahren Schuldigen schützt auch in diesem Falle ihr Geld — in Amerika mehr als anderswo.

Gerichtssaal. Schöffengericht.

Halle, 11. Januar.

Einem Diebstahl hatte sich im November v. J. ein hiesiger Buchhändler angekränkt, der von nachmittags 4 Uhr bis nachts um dieselbe Stunde gefeuert hatte. Auf dem Dachboden wurde schließlich ein Holzschrank gefunden. Dann wurde er auf dem Markte einen großen Durch, der durch sein lautes Wollen einen zweiten Polizeibeamten herbeilodete. Als der Polizist ihm den Inhalt unterlagte, machte der Buchhändler dem Beamten eine sehr schimpfliche Zumutung mit dem Hinweis, er solle jährlich 400 Mark Steuern, von welcher Summe der Polizist ein ganzes Jahr leben könne. Der „unvorsichtige“ Steuerhändler will in betreffender Nacht tot betrunken gewesen sein und machte vor Gericht geltend, er habe von dem Vorfall erst durch das Strafamt Kenntnis bekommen. Das Gericht verurteilte ihn zu 75 Mark Geldstrafe; bestrahlt waren 175 Mark.

Verantwortlich für Beitragsartikel, Politische Uebersicht und Parteischriften Paul Hennig, für Auslands, Gewerkschafts-, Familien- und Vermischtes Carl Rod, für Lokales Otto Riebhuth, für Provinzialles und Verammlungen, berichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die Urtheile der Darmstadtgerichte bei Reichstagswahlen bilden sehr oft die durch unbedeutende Willküränderung verursachten Dampferungen, welche an Leichen die durch Ernährung mit „Rufek“ und Rumisch verurteilt werden.

Grosser

räumungs-fussverkauf.

Ein Posten	Kostüme - Röcke	1 ⁴⁵
aus Tuch, Kammgarn, Cheviot und melierten Stoffen jetzt Stück 15.00 bis		
Ein Posten	Farbige Paletots	3 ²⁵
aus hellen und dunklen Winterstoffen jetzt Stück 22.50 bis		
Ein Posten	Abend-Mäntel u. Capes	6 ⁵⁰
aus Tuch u. schwarzen Angora-Stoffen in hellen Farben früher 45.00 b. 9.00 M., jetzt 22.50 bis		
Ein Posten	Plüsch-Jacketts	12 ²⁵
schwarz, mit Shawlkragen und Jettknopfen jetzt 35.00 bis		

Der beschränkte Raum gestattet nur einen geringen Bruchteil von den überaus günstigen Sonder-Angeboten anzuführen.

Ca. **23 000** Stück
Damen-, Herren- und Kinder-
Wäsche
nur erstklassige Qualitäten
zu enorm billigen Preisen.

Ein Posten	Farbige Lustre	15
grosses Farben-Sortiment Meter		
Ein Posten	Winter-Velour	25
schwere Qualitäten Meter 55 45 38 35 29		
Ein Posten	Woll-Mousseline	48
hell- und dunkelgrün prima reine Wolle Mtr. 75 60		
Ein Posten	Ballstoffe	58
crème, doppeltbreit Meter 65		

Geschäftshaus 7. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Bittgen.
Letzte Woche des phänomenalen Schlager-Programms
Garlands 20 Neger.
 Christi-Duo - Mae Ture - Perski.
 Henry de Vrys herrliche Skulpturen.
 Willy Robert - B. T. L. Krügers Maskerade.
 The Yukitos - Frensi Mensdorff - Biograph.
 Auf vielseitigen Wunsch
Freitag den 14. Jan. Bunter Abend.
 Für Theaterbesucher entreefrei.

„Germania-Theater“
 Mit **volständig neues Programm!**
Graf von Nerval, Historisches Drama aus der französischen Revolution, 1/2 Stunde Spieldauer.
Nat. Pinkerton, Detektiv-Drama und andere Schlager.

Mansfelder Kreis.
 Am Sonntag den 16. Januar finden

Protest-Versammlungen
 gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht
 statt in folgenden Orten:

- Eisleben**, nachmittags 3 Uhr.
- Teutschenthal** nachm. 3 Uhr.
- Hergisdorf**, nachm. 3 Uhr.
- Ermisleben**, nachmittags 3 Uhr.
- Gerbstedt**, nachmittags 3 Uhr.
- Augsdorf**, nachmittags 3 Uhr.
- Helbra**, abends 7 1/2 Uhr.
- Molmeck**, abends 7 1/2 Uhr.
- Ahlsdorf**, abends 7 1/2 Uhr.
- Schraplau**, abends 7 1/2 Uhr.
- Erdeborn**, abends 7 1/2 Uhr.
- Klostermansfeld**, abends 7 1/2 Uhr.
- Alsleben**, abends 7 Uhr.

Frauen und Männer! Zeigt durch zahlreichen Besuch, daß Ihr mit dem Geldjacks-Wahlrecht nicht zufrieden seid. Protestiert durch Massenbesuch. **Die Einberufer.**

Sozialdemokr. Verein, Zeitz.
 Heute, Mittwoch d. 12. Jan. abends 8 1/2 Uhr im Kampfes-Besitzer, Schützentr.
Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Der preussische Parteitag und seine Beschlüsse.
 2. Geschäftliches und Verschiedenes.
 Alle Mitglieder werden ersucht, zu kommen.
 Der Vorstand.

Zeitz. Zeitz.
Maler u. Lackierer
 Donnerstag den 13. Januar 1910 abends 9 Uhr bei Kämpfe, Schützenstraße
Oeffentl. Versammlung.

Tagesordnung:
Stellungnahme zum Reichstarif.
 Wegen der wichtigen Tagesordnung ersucht um recht regen Besuch.
Achtung!
Sozialdemokratisch. Verein, Merseburg.
 Donnerstag den 13. Januar abends 8 1/2 Uhr in der „Natterhale“
Versammlung.

Tagesordnung: 1 Vortrag des Genossen Hennig, Zeitz, über Jugendberührung. 2. Verschiedenes.
 Zu Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Mitglieder sowie Freunde und Anhänger zu dieser Versammlung eingeladen.
 Der Vorstand.

Elektrisiere Pantoffelmachern
 Broschüre und empfindl.: 3 Pf. Placch, Cord, Futur- und Schlenkfl.
Schoene & Co., n. n. 24. F. Noah, Fr. Klausst. 7.

Für die Inserate verantwortlich: H. H. J. g. n. s. - Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Vereinigung. (E. G. m. b. H.) - Verleger: Hermann August Schöningh - Emil, i. Halle a. S.

Heute beginnt die Ausgabe
 der Programme zu dem am 18. Januar im „Volkspark“ stattfindenden
Robert Schumann-Abend.
 Dieselben sind in allen Gewerkschaftsbureaus, den Konsumvereins-Verkaufstellen sowie im Partei- und Arbeitersekretariat, à 30 Pf., zu haben, werden aber
 :: nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches verabfolgt. ::
 Der Bildungs-Ausschuss.

Achtung!
 Freitag den 14. Januar abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des „Volksparke“, Burgstraße 27,
Gr. öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
Himmel, Hölle und ihre Bewohner.
 Referent: **Adolf Hoffmann, Berlin.**
Freie Diskussion.
 Die Geistlichkeit und Lehrerschaft ist zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen.
 Um zahlreichem Besuch bittet
Freidenker-Vereinigung Halle a. S.
 J. A.: **W. Stadt, Kapellengasse 7.**

Bei der **Inventur** aussortierte
emallierte Kochgeschirre
 Eimer, Schüsseln, Pfannen usw.,
 ferner: **Küchen- u. Haushalt-Artikel**: Kaffeemühlen, Fleischhackemaschinen, Reibemaschinen, Küchenwagen, Petrol-Kannen usw.
 werden zu bedeutend ermäßigten Preisen zum Verkauf gestellt.
Wilh. Heckert, Gr. Ulrichstrasse 57.
 Am Güterbahnhof 5.

Syndikatfrei! Ringfrei!
SAALE-Briketts sind die besten.
 Wer probt - lobt.
Walter Trolle, Cananenweg 1.
 - Fernruf 1430. -

Teuchern. Teuchern.
 Sonntag d. 16. Jan. 1910 im Gasthof „Zum grünen Baum“
Gr. Volks-Maskenball.
 Von nachmittags 4 Uhr an **BALL.**
Einlass der Masken abends 6 Uhr.
 Die beste Herren- und Damenmaske und der schönste Partein werden mit wertvollen Preisen prämiert.
 Hierzu laden Freunde und Genossen herzlich ein.
Mauchklub „Tulpe“. Th. Kuhlbank.
 Karten sind im Vorverkauf im „Grünen Baum“, bei Gustav Winkler, Weinbinderstraße und Karl Schmalz, Dammstraße 1, zu haben.

Gesangverein Vorwärts, Delitzsch.
 Sonntag den 16. Januar abends 7/8 Uhr im Lindenhof
Gr. Theater-Abend.
 Zur Aufführung gelangt:
Die Wilderer oder **Der Hündling** in der Teufelsküchle. Schauspiel mit Gesang in fünf Akten.
 Nachdem: **Schäufel** mit Gesang in fünf Akten.
 Nachdem: **Mauchklub** von nachm. 3 Uhr an!
 Hierzu ladet freundlich ein
 Der Vorstand.

Kartoffel-Acker parzellenweise abgegeben. Zu fragen: **Wagenerstraße 28, (Stehbierhalle).**
Hasen-Felle kaufen
Gebr. Dangelwitz, Fischerplatz 2.

Das meiste Geld
 zahlt stets für ganze Nachlässe von Möbeln, Laden-, Kontor- u. Restaurations-einrichtungen, sowie i. Goldschrinke, Pianinos etc.
Friedr. Peileke, Gröfstr. 25.
 Telefon 2450.
 Kaufe auch stets ganze Lager neuer Möbel.

Restaurant v. F. Haak, früher „Sachsenburg“.
 Sonntag den 16. Januar:
Großer Preis-Waibenball.

Arbeiter-Kasino Werschen
 Sonntag den 16. Jan. 1910, von nachmittags 3 Uhr an:
I. Prellskat.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Vereinsleitung.

Apollo-Theater.
 Dir.: Gustav Pöller.
 Telefon 183.
Rheinisches Possen-Theater
Schmitz.
 Nur noch wenige Tage!
Herbst-Manöver.
 Sesselsaalher Leichter!
 Vorber: Das großartige Weltkrieger-Programm.
 Nur noch 4 Tage!

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Direction: Cosrat M. Richards.
 Donnerstag d. 13. Januar 1910:
 119. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
 Zum letzten Male:
 Mit der neuen Ausstattung an Dekorationen, Maschinieren und Beleuchtungs-Effekten
Undine.
 Romantische Oper in 4 Akten von Albert Lortzing.
 Aufführung 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Freitag den 14. Januar 1910:
 120. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
 Novität!
 Sum 1. Male:
Wenn der junge Wein blüht.
 Lustspiel in drei Akten von Jochen Heineke.
 Rächte Aufführung b. Wildensbusch Schaubiel „Der neue Herr“ Montag den 17. Januar.

Freie Turnerschaft Zeitz u. Umgegend.
 Sonntag den 16. Januar 1910 in der Steinschänke:
Generalversammlung.
 Der Vorstand.

Aue-Mylsdorf. Waldschützen.
 Sonntag den 16. Januar 1910:
Kränzchen
 - der Gesellschaft „Zahla“ -
 Hierzu ladet freundlich ein
 Der Vorstand.
 Mit Speisen u. Getränken wartet bestens auf
W. Wabele.

Gasthof Schkauditz.
 Zu dem am Sonntag den 16. Januar o. stattfindenden
Vergnügen
 mit Christbaum-Abtanzten des Regelklubs Schkauditz wartet mit Speisen u. Getränken bestens auf.
Gustav Röhr.

Zipsendorf. „Schwarzes Ritterpferd“
 Sonntag den 16. Januar:
Rein-Dertensdramas.
 Bitte um gütige Unterstützung.
Curt Baunack.
 NB. Wenn öffentlicher Volks-Maskenball findet Sonntag den 6. Februar statt. D. D.

Sautzsch. „Schwarzes Ritterpferd“
 Sonntag d. 16. Jan.
Partionsdramas mit Maskenball.
 Hierzu ladet freundlich ein
 R. Sicker.
 Die zwei schönsten Masken werden prämiert.
 Masken-Wardrobe liegt im Lokale an.

Albrecht Köttwitz, Zeitz, Brühl
 empfindl. fein gew. Lager al. Masken
Herren- u. Knaben-Garderoben
 zu beliebigen Preisen.

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung, Dienstag, den 11. Januar 1910, nachm. 2 Uhr.
Vizepräsident Dr. Spahn begrüßt in Vertretung des erkrankten Präsidenten die Abgeordneten im neuen Jahre mit dem Wunsch auf fleißigen Fortgang ihrer Arbeiten.
Abg. Dr. v. Chranowski (Pole) hat sein Mandat (Polen) niedergelegt.

Der medienburgische Verfassungskampf.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Nationalliberalen und Freisinnigen:
„Bedenkt der Herr Reichstagsler die Erwartung, welche hinsichtlich der medienburgischen Verfassung der Bundesrat in seiner Sitzung vom 28. Oktober 1875 den medienburgischen Regierungen gegenüber ausgesprochen hat, namentlich welche Folge zu geben, nachdem die zwischen den medienburgischen Regierungen und den Einwohnern“

seit fast 30 Jahren

resultatlos geführten Verfassungs-Verhandlungen kürzlich wiederum gescheitert sind, und nachdem die medienburgischen Regierungen den Einwohnern auf dem diesjährigen Landtage erklärt haben, daß ihnen angesichts der Fälligkeit der medienburgischen Verfassung weitere Verhandlungen zurzeit nicht mehr möglich seien, daß sie die Hoffnung nicht mehr aufrecht erhalten könnten, zu einer Verständigung zu gelangen, und daß sie bei Verhandlungen im Reichstag ihren bisherigen Standpunkt gegenüber einem Eingreifen des Reiches nicht aufgeben wollten?“

Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt sich bereit, die Interpellation im Namen des Reichstagslers sogleich zu beantworten.

Abg. Lind (natl.): bezieht sich gegen den Vorwurf, daß die Interpellation aus Agitationszwecken im Hinblick auf

die kommenden Reichstagswahlen

gestellt ist. Das medienburgische Volk empfindet die politische Verantwortung auf das tiefste. Wir haben aber die Hoffnung nicht aufgegeben, durch Verhandeln mit der Ritterschaft zu einer geeigneten Verfassung zu kommen, und legen die letzte Verantwortung, daß das Reich endlich einmal helfen muß und wird. Unsere Interpellation soll der Reichsregierung und den Parteien die eine geeignete Verfassung für notwendig erachten, Gelegenheit geben, diese Notwendigkeit nachdrücklich zu betonen. Wenn sie über die Verhältnisse der medienburgischen Regierung, zu einer Verfassung zu gelangen und die Verteilung dieser Verträge durch die Ritterschaft.

Kompetenzstreitigkeiten haben nicht im Wege. Wenn das Reich uns in Medienburg im Stich läßt; sollen dann die Großherzöge vor der Ritterschaft zurücktreten, oder haben sie die sittliche Pflicht zur Selbsthilfe zu ergreifen? Ich will diese Frage nicht beantworten, aber betonen, daß die medienburgische Bevölkerung von den Großherzögen Freiheit erwartet. Das Reich jedoch sollte die Großherzöge vor dem eventuellen Vorwurf bewahren, eine Verfassung offenzugeworfen zu haben. (Lebh. Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Seit der Erklärung der beschiedenen Regierungen vom 15. Juli ist insofern eine Veränderung der Lage eingetreten, als die erfolgversprechenden Verhandlungen der medienburgischen Regierungen exzessivlos geworden sind. Hierdurch fehlt die rechtliche Voraussetzung für die Anwendung des Artikels 76 der Verfassung.

Es fragt sich nur noch, ob durch Erweiterung der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Reiches die Grundlage für ein Eingreifen geschaffen werden könnte. Im Namen der beschiedenen Regierungen ist zu erklären, daß sie es nicht für angelegentlich erachten (1), diesen Weg zu beschreiten, der mit der föderalistischen Grundanlage unserer Verfassung nicht vereinbar (?) wäre. (Lebh. Zustimmung, lebh. Widerspruch links.)

Medienburgischer Gelehrter v. Brandenstein: Die Hoffnungen der medienburgischen Regierungen mit den beiden Händen zu einer Einigung zu kommen, erklären heute sehr gering. Bei dieser Sachlage steht sich die medienburgische Regierung nicht mehr imstande, die Erklärung vom 15. Juli, in der sie sich gegen ein Eingreifen des Reiches verwarbt, weil sie unrichtig hat, mit der Ritterschaft zu einigen, aufrecht zu erhalten. (Lebh. Zustimmung, lebh. Widerspruch links.)

Abgesandter Herr v. Hülst: Ich habe nicht beantragt, ein Eingreifen des Reiches zu beantragen. (Lebh. Zustimmung, lebh. Widerspruch links.) Aus den heutigen Verhandlungen ergeht die medienburgische Regierung insofern eine rechtliche Verpflichtung zur Aufhebung der Kompetenzstreitigkeiten der Verfassungsreform. (Wenig Widerspruch.) Die Großherzöge sind verpflichtet, sich durch mich erklären, daß sie nach der Erklärung des Reichstagslers keinen Anlaß hat, auf die Interpellation einzugehen. (Lebh. Bravo! rechts, Mischen und Lachen links.)

Abg. v. Treuenfels (natl.): Namens meiner Partei habe ich zu erklären, daß wir völlig auf dem Boden der schon bestehenden Erklärung stehen, die die Einmütigkeit des Reiches als unheilvoll für die Grundanlage des Reiches an. Ich muß ich als

medienburgischer Ritter

(lautes Hohngelächter links und auf den Tribünen) gegen jede unüberwindliche Einmütigkeit verfahren. Als konservativer Mann möchte ich mich gegen die Verträge, durch Reichsangelegenheiten die Verfassung der Einmütigkeit zu demokratisieren und zu radikalisieren (Beifall rechts, Zustimmung links) und die Souveränität der Bundesfürsten zu untergraben. (Mische links: Der Ritterschaft!) Die Drohungen der medienburgischen Regierungen mit der Reichsangelegenheiten muß mindestens überflüssig. (Lachen links.) Wir wollen unser Bundesland nicht in einen Ballastlast verwandeln lassen. (Stürmische Beifall links, Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wagnitz (Presf. Wagn.): Die medienburgische Regierung haben die Hoffnung auf die Landesgesetzgebung aufgeben müssen. Was bleibt also anderes übrig als das Eingreifen des Reiches? (Sehr wahr! links.) Der Vorgang bedeutet

die Tragödie eines ganzen Volkes,

nicht Medienburg allein, sondern des ganzen Reiches, wenn ein paar hundert Bundesritter die Einführung geltendgesetzter Verfassungszustände verhindern und

Deutschland zum Gefährt Europas,

ja sogar Afrikan machen können. (Sehr wahr! links.) Der Bundesrat ist mit seiner heutigen Erklärung gegen seine Stellungnahme in den folgenden Jahren entscheidend zurückgegangen. Schon damals sprach er die Erwartung aus, daß Preußen zu modernen Verfassungszuständen gelangen werde. Wenn heute das Reich nicht kompetent ist, so war es damals auch der Bundesrat nicht, eine solche Erwartung auszusprechen. Unser Antrag verlangt doch keine Spezialisten vorzuschicken.

Er läßt sogar nach Ansicht meiner nächsten politischen Freunde noch viel Spielraum. (Sehr wahr! b. Freil.) Man sagt, die Ritterschaft wolle ja auch eine Reform. O ja, aber eine solche, bei der alles beim Alten bleibt. (Sehr gut!

links.) Die von der Regierung vorgelegene Verfassung konnte von einem gemäßigten liberalen Standpunkt aus kaum als eine Übergangsverfassung angesehen werden. Ein Mitglied der Ritterschaft jedoch: Auf allgemeine Wahlen in irgendwelcher Form wird sich die Ritterschaft nicht einlassen. (1) (Lebh. Zustimmung links.) Auf die medienburgischen Zustände übergehend, führt der Redner eine Scherzrede an, welche den Zustand der medienburgischen Volksklasse als

eine einzige große Anklage gegen das hässliche Regiment bezeichnet. Denen Sie ferner, wie schön dieses von der Natur so reich gesegnete Land beschützt ist! Diese findende Bevölkerungsgröße zeigt, daß man nicht ungestraft ein Land verfallen kann wie einen großen Gutsbesitzer.

(Sehr gut! links.) Die Konfessionen betreiben nur die Geschäfte der Einnahme (1) (Sehr richtig! links), aber die medienburgischen Ritter sollen nicht Ruhe bekommen und die Verfassungsreform wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie vollbracht ist. (Lebh. Bravo! links.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Rechtlich besteht zurzeit keine Möglichkeit, Medienburg eine Verfassungsänderung anzunehmen. Der bisher hier behandelte liberale Antrag, daß jeder Staat eine aus öffentlichen Wahlen hervorgehende Volksvertretung haben müsse, würde der medienburgischen Ritterschaft auch nicht imponieren, wenn dem Reich nicht das Recht gegeben würde, eine Verfassungsänderung zu erlangen. Nicht aber wäre eine Übertragung der Souveränität der Bundesfürsten und Bundesstaaten auf das Reich. Ind diesem letzten, politische Wenden entgegen.

Abg. Gröber (Natl.): Angesichts des Widerpruchs der medienburgischen Regierungen vor ihren Ständen mit ihrer Erklärung von heute kann man den Herren von den Linken ein gewisses Mitleid nicht verlagern. (Sehr richtig! links.) Es handelt sich hier aber nicht um eine Genußfrage sondern um eine Rechtsfrage. Das Reich ist nicht aufzugeben und eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches hätten wir aus politischen Gründen für bedenklich. (Sehr richtig! b. Freil.) Auf diesem Wege, wenn er einmal befristet ist, gibt es dann keinen Ausweg mehr. Im Interesse der künftigen Entwicklung hoffen wir, daß die Ritterschaft sich nicht durch eine Erweiterung zu einer Einigung mit der Ritterschaft gelangt. (Lebh. Bravo! b. Freil.)

Abg. v. Döring (Natl.): Die Reformbedürftigkeit der medienburgischen Verfassung kann nicht bestritten werden. Der Regierungsentwurf ist durchaus ein liberaler, seine Ausführung bedauerlich. Rücksichtvollere müssen wir ein Eingreifen des Reiches ablehnen. Wir wollen nicht vom Bundesstaat zu einem unfürsorglichen Staatswesen übergehen, und wünschen die Reform auf dem Wege der Landesgesetzgebung. (Bravo! rechts.)

Abg. Frohne (Natl.): Wir haben nichts anderes erwartet, als daß von Neuem die Kompetenz des Reiches in dieser Angelegenheit befestigt wird. Wir aber halten an unserem Standpunkt fest, daß das Reich geradezu

die Verpfändung hat, einzuführen. Die Frage ist keine medienburgische, sondern genau wie die preussische Wahlrechtsfrage, eine deutsche. Sie berührt die Interessen des ganzen deutschen Volkes.

(Sehr wahr! b. Freil.) Mögen die Reichsgelehrten sich so sehr auf einen rechtsfähigen Standpunkt stellen, als Reichsangelegenheiten des Reiches ist, daß so monströse Mißstände zum Schaden des Volkes bestehen bleiben, die eine Schmach für das ganze Reich darstellen. (Lebh. Zustimmung, b. Freil.) Wenn man das föderalistische System anruft, um ein Eingreifen des Reiches zurückzujagen, so ist das ein Föderalismus, der entschieden zu weit geht. Auf dem Wege, auf welchen Herr Gröber hofft, wird das medienburgische Volk zu einem Verfall nicht gelangen. Die Ritterschaft wird nach wie vor auf ihre Privilegien pochen und jedes auch nur einigermaßen demokratische Wahlrecht ablehnen. (Sehr richtig! b. Freil.)

Wir wollen der medienburgischen Bevölkerung den unbedingt nötigen Fortschritt auf politischem und damit auch auf wirtschaftlichem Gebiete durch die Verfassung des Reiches verschaffen. Die medienburgische Regierung erklärt,

wir können nicht weiter.

Die Reichsregierung aber will nicht eingreifen. Wenn die Verfassung in solcher Lage keine Handhabe mehr bietet, so müssen Sie unsern Antrag annehmen, die Reichsvertretung durch folgenden Zusatz zu ergänzen. „In jedem Bundesstaat und in Einzel-Verträgen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichberechtigten und direkt gewählten Wahlrechts zu wählen bestehen. Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Haushaltsplans nötig.“ Wiedann wäre die rechtliche Basis geschaffen, von der aus die Bevölkerung Medienburgs ihre Verfassung in freierbestimmter Richtung ausbilden könnte. Somit wäre aber haben in Medienburg

weder die Arbeiter noch die kleinen Leute eine Stellung der Ritterschaft gegenüber. Ein Recht für sie gibt es überhaupt nicht. Staatsbürger, wie die Reichsvertretung sie im Auge hat, fehlen in Medienburg. (Sehr wahr! b. Freil.)

Der Zug der Entwicklung bei der deutschen Nation geht nach Freiheit und Einheit.

Auf dem Gebiete des Reiches haben wir bereits Maßstäbe. Deshalb aber hat man sich gemacht vor dem politischen Recht, beim Wahlrecht und den großen Verfassungsfragen? (Sehr wahr! b. Freil.)

Die medienburgische Bevölkerung wird schließlich zur Autonomie greifen müssen. Das Reichsbewußtsein des Volkes wird nicht leiden, wohl aber die Autorität der Reichsregierung. Wir sind ein neuer schwerer Schaden angefallen. (Lebh. Bravo! b. Freil.)

Abg. v. Treuenfels (natl.) polemisiert gegen den Abg. Rademacher. Die medienburgische Regierung habe auch Recht gemacht.

Abg. Dr. Wagnitz (Presf. Wagn.): Herr von Treuenfels hat nichts neues vorgebracht. Vor allem hat er auch jetzt wieder jeden positiven Vorschlag vernichten lassen, wie es nun weiter gehen soll. Er bleibt immer nur guter Hoffnung. (Schallende Beifall.)

Das Saalverlag hat auf Mittwoch 1 Uhr (Interpellation) einen der Wählerklub in der Stadt in der Reichsvertretungsausschuss. Gehe über die Fassung des Reiches für seine Beamten.

Schluss 6 Uhr.

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeiger Streife:

Zeig. Stiftungsjahr des Regiments 1909: 76 W. A. Leopold. Redig. Überwiegend vom Wirtshausverkauf beim Eisenvergnügen 100; in Dresden zum Reinholdstraße auf Seite 1521 gesammelt 650 RM. R. Vogt.

Preussisches Dreiklassenhaus.

1. Sitzung, Dienstag, den 11. Januar 1910.

Präsident v. Erdber eröffnet die Sitzung mit dem üblichen Koch auf den Landesherren der Bürgerlichen.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Nachdem ich durch die „Gnade Er. Majestät“ zum Amte des Ministerpräsidenten berufen worden bin, benutze ich, wie mein Vorgänger, die erste Gelegenheit, um meine persönlichen Beziehungen mit Ihnen aufzunehmen. Ich beabsichtige nicht, heute politische Erörterungen anzustellen, es wird mir binnen kurzer Zeit Gelegenheit gegeben werden, mich zu wichtigen Fragen, mit denen Sie sich zu beschäftigen haben werden, eingehend zu äußern. Ich glaube, in diesem hohen Hause kann ganz Fremder zu sein, mehrstündige gemeinsame Arbeit hat uns zusammgeführt, und ich habe in mein gegenwärtiges Amt das Gefühl mitnehmen zu dürfen, glaube, daß der Lösung der Aufgaben, an denen ich bisher im Verein mit Ihnen gewirkt, ein von mir mit ganz empfindenen gewöhnlichen Wertungen zugleich gekanntes Vertrauen als eine unerlöschliche Grundlage einer erfolgreichen Geschäftsführung zu pflegen, werde ich auch künftig bemüht sein. (Bravo!)

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg: Nachdem der Etat ein. Das Charakteristische und betrieblende Zeichen des Jahres 1909 bestand darin, daß der Eisenbahnverkehr, namentlich der Güterverkehr, infolge der wirtschaftlichen Zurechtung war erheblich gestiegen, während die Eisenbahnleistungen nur wenig mit einem Rückgang von 135 Millionen ab. Das Defizit von 1908 betrug 202,1 Millionen und war außer durch den Rückgang des Betriebes bei den Eisenbahnen auf die Erhöhung des hohen Staates bei den Beamtenleistungen zurückzuführen. Auch das Jahr 1909 bringen, noch mehr unter den Zeichen der schlechten Konjunktur, das Defizit auf 166 Millionen veranlaßt. Erfreulicherweise hatten sich namentlich in der zweiten Hälfte des Jahres die wirtschaftlichen Aussichten gebessert und wir haben mit einer langsamen Vorwärtsbewegung unserer ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse zu rechnen. Die Eisenbahnverwaltung kommt auf eine Erhöhung im Einnahmen von 22 Millionen. Die Fortschritte voraussichtlich 7 Millionen Mehrerlösen, die die Höhe und indirekten Steuern 6 Millionen. Was das Reichsfinanzministerium anlangt, so werde ich hier auf sie nicht des weiteren eingehen. Jedenfalls ist es mit dem Defizit zu verfahren, das mit dem nächsten Haushaltsjahr abgemindert werden soll, und die gestundeten Materialbeiträge auf das Jahr 1909 übernommen werden sind. (Bravo! rechts.)

Das Jahr 1909 bedeutet den Abschluss des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrhunderts und damit einen Abschnitt, der den Staat vor ganz besonders große Aufgaben gestellt hat. Der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Jahrzehnt wurde das reichliche Maß der Ausgaben des Staates entgegen. Das Reformprogramm ist ausgeführt worden, und es ist nur billig, daß diejenigen, die die Vorteile davon gehabt haben, auch zu den Kosten beitragen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind willens, den vom hohen Hause uns hingebenden, durch Weg der niedrigeren Willen, mit aller Energie zum Ausdruck zu bringen, trotz aller Hindernisse, die uns entgegenstehen. (Lebh. Bravo rechts; Unruhe links.) Bei allem haben die Intelligenz der Aufgaben des Staates nicht gelitten. (Lachen b. d. Saal.) So sind 69 Seminare und 42 Präparandenanstalten in den 10 Jahren gegründet worden. Trotz der Fülle der Aufgaben, die in diesen 10 Jahren herantreten, haben wir in der Lage gewesen, allen nachgefragten Ausgaben genügend zu sein, denn nicht gleichzeitig die Betriebskosten unserer großen Staatsverwaltungen ebenfalls sehr gestiegen wären. So sind die Selbstkosten der Eisenbahn um 200 Millionen gestiegen. Der wirtschaftliche Aufschwung wird hoffentlich auch im Jahre 1910 anhalten. Wir dürfen aber nicht wieder in den Fehler verfallen, bei steigender Wirtschaft zu rasch vorwärts zu gehen. Unsere Hauptaufgabe wird sein, den inflationsartigen Markt, den Hauptabnehmer der Industrie, zu sichern. Der neue Etat ist ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Sparlichkeit aufgestellt worden. Redner geht nunmehr auf die Ziffern des Etats für 1910 ein. (Bravo! links.) Er teilt mit, daß das Defizit sich um 22 Millionen über den Etat des Jahres 1909 erhöhen werden, die Förderung der inneren Kolonisation in den östlichen Provinzen angehen. (Bravo! rechts.) Ich habe Ihnen ausführlich ein offenes Bild über unsere Finanzlage gegeben. Es ist uns gelungen, das Defizit zum Jahre 1908 von über 200 Millionen auf jetzt 166 Millionen herabzusetzen. In diesem Jahre werden wir weiter wirtschaftlich im Interesse der Konsolidierung unserer preussischen Finanzen. (Bravo?)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Sonnabend, 11. Uhr. (Präsidentenwahl, erste Sitzung des Staats.)

Schluss 1 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Aufruf an die Bergarbeiter!

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes erläßt folgenden, in der Bergarbeiterzeitung veröffentlichten Aufruf:

„Bergarbeiter, Kameraden! Die Grubenbesitzer entlassen zurzeit eine fieberhafte Tätigkeit, um Arbeiter aus dem Auslande und entgegen ihrer bisherigen Beteuerungen, auch aus den östlichen Bezirken Deutschlands in Massen in das Ruhrgebiet einzuschleppen. Löhne von jedw. Art werden denen versprochen, die zunächst in eine Grube gehen haben, die darum auch keine Arbeit erhalten werden, wo diese Lohnhöhe erreicht wird. Versuch der Arbeiter die Angeworbenen die Arbeit und verlangen die Rückkehr in ihre Heimat. Diese Fremdentransporte arten zum Standal aus und bilden nichts mehr als eine Provokation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Wir werden Schritte einleiten, wie der auf Zug und Trug aufgebauten Anwerbung fremder Arbeiter entgegengetreten werden kann. Unsere Kameraden im Ruhrgebiet fordern wir auf, sich durch nichts auf der Nase herumbringen zu lassen. Disziplin in dieser Zeit ist doppelt so. Vor allen Dingen die Lebensbedingungen, die nur den Zweck haben, reiche Kostenlager aufzubauen, um so der Bergarbeiterschaft entgegenzuwirken zu können.“

Die Arbeiterpresse und alle arbeiterefreundlichen Organe, die Arbeitersekretariate und Gewerkschaftskomitees in Deutschland wie im Auslande werden gebeten, der Auswanderung nach dem Ruhrgebiet entgegenzutreten und uns Mitteilung zukommen zu lassen, wo die Bergarbeiter des Ruhrgebietes für Unruhen treiben. Unsere Kameraden selbst aber mögen ohne Unterlass den Bergarbeiterverband zu stärken versuchen, ihm neue Mitglieder zuführen und später durch Leistung der von den Vertrauensleuten des Ruhrgebietes und den Bezirksleitern des Verbandes gestifteten und beschlossenen Beiträge die Schlagkraft des Verbandes für den kommenden Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der Grubenbesitzer zu erhöhen suchen.“

